

Rathaus-Korrespondenz

F57291

Juli-August

1957

33

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

UR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ



Montag, 1. Juli 1957

Blatt 1322

Nicht alles auf Kosten der Gemeinde Wien

Selbständigen-Pension wäre gewaltiger Fortschritt

1. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 30. Juni, über die Bestrebungen der Selbständigen zur Verwirklichung ihrer Pensionsversicherung. Der Bürgermeister führte aus:

"In der Mitte der abgelaufenen Woche erschien in den Zeitungen folgender amtlicher Bericht: "Der Ministerrat setzte Dienstag auf Antrag von Sozialminister Proksch ein Ministerkomitee zur Ausarbeitung einer Regierungsvorlage über ein Pensionsversicherungsgesetz für die selbständig Erwerbstätigen ein. Um die Verwirklichung in absehbarer Zeit zu sichern, wurde das Ministerkomitee ersucht, die Regierungsvorlage über ein derartiges Pensionsversicherungsgesetz bis spätestens 31. Oktober vorzulegen. Diese Regierungsvorlage soll die Altersversorgung der Gewerbetreibenden, der Landwirte und der freiberuflich Tätigen regeln. Das Ministerkomitee besteht aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und aus den Ministern für soziale Verwaltung, für Finanzen, für Handel und für Landwirtschaft. Dieses Ministerkomitee wird zu seinen Beratungen jeweils Experten beiziehen." Soweit der amtliche Bericht.

Seit einigen Jahren ist die öffentliche Diskussion über eine Pensionsversicherung der Selbständigen im Gange: in Zeitungsartikeln und in Kundgebungen wird immer wieder auf die

./.

Notwendigkeit einer solchen Pensionsversicherung hingewiesen. Es ist begreiflich, daß vor allem die selbständig Erwerbstätigen an dieser Frage stärkstens interessiert sind, da sie, so wie alle anderen Berufsschichten in unserer Republik, mit vollem Recht eine ausreichende soziale Sicherung ihres Lebensabends verlangen.

Die Verwirklichung der Pensionsversicherung für die Selbständigen wäre ein gewaltiger Schritt in der sozialen Entwicklung unserer Republik, weil damit die letzte große Lücke in der Altersversorgung aller berufstätigen Menschen geschlossen und die Volkspension verwirklicht wäre. Es ist ein großer und ein kühner Gedanke, der im modernen Sozialstaat zur Erfüllung drängt, daß alle Menschen in Österreich, gleichgültig welchem Beruf sie angehörten, nach jahrzehntelanger fleißiger Arbeit auf einen gesicherten Lebensabend Anspruch haben. Ich glaube nicht, daß irgend jemand gegen diese Idee einen ernsthaften Einwand erheben könnte. Ich darf für die Gemeinde Wien und als Obmann des Österreichischen Städtebundes auch für diese Körperschaft die Versicherung abgeben, daß in den österreichischen Stadtverwaltungen die Bestrebungen der Selbständigen zur Verwirklichung ihrer Pensionsversicherung volles Verständnis finden.

Mit dem Gesetz über die Pensionsversicherung der Selbständigen wird kein sozialpolitisches Neuland betreten. Man kann auf die reichen Erfahrungen hinweisen, die andere Pensionsversicherungen bereits seit Jahrzehnten haben. Dazu zählen vor allem die Pensionsversicherungen der Privatangestellten und der Arbeiter in der Privatwirtschaft, deren gesamte Sozialgesetzgebung durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, oder wie es abgekürzt heißt, "ASVG", geregelt wurde. In der praktischen Durchführung dieser Pensionsversicherungen haben sich eine Reihe bewährter Grundsätze ergeben, die man zweckmäßigerweise auch bei der geplanten Pensionsversicherung der Selbständigen anwenden sollte. Hierbei handelt es sich vor allem

um die finanzielle Grundlage der Pensionsversicherungen. In dieser Beziehung hat aber - zu meinem Bedauern - die Kammer der gewerblichen Wirtschaft einen neuen Weg vorgeschlagen, der mich veranlaßt, heute über das geplante Gesetz zu sprechen.

Das Wesen jeder Versicherung besteht darin, daß der Versicherte Beiträge leistet, die ihm dann später wieder ausbezahlt werden. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ist von diesem selbstverständlichen Grundsatz abgegangen. Es sollen zwar die Selbständigen für ihre Pensionsversicherung einen Beitrag leisten, der 30 Prozent des benötigten Betrages deckt, aber 70 Prozent müßten von den Gemeinden aufgebracht werden. Das soll in der Form geschehen, daß die Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuer zur Verfügung stellen. Die Kammer begründet ihren Vorschlag damit, daß die Gewerbesteuer sehr überhöht sei und daß es deshalb gerechtfertigt wäre, einen Teil davon für die Deckung der Pension zu verwenden. Nun will ich gar nicht leugnen, daß die Gewerbesteuer seit 1946 jährlich steigende Erträge erbringt. Das ist aber nicht auf eine Erhöhung der Steuersätze zurückzuführen, sondern darauf, daß die Erträge der steuerpflichtigen Betriebe dank der außerordentlich günstigen wirtschaftlichen Entwicklung stark gestiegen sind, wodurch auch die Gewerbesteuer im gleichen Ausmaß mitsteigen konnte. Aber abgesehen davon muß festgehalten werden, daß die Gewerbesteuer nie eine Zwecksteuer war, sondern daß sie seinerzeit den Gemeinden zugewiesen wurde, damit sie ihre allgemeinen Aufgaben im Interesse der Bevölkerung erfüllen können. Würde man nun den Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuer wegnehmen, so müßten sie entweder ihre Aufgaben vernachlässigen oder eine andere neue Steuer einführen.

Die Gewerbesteuer und die anderen allgemeinen Abgaben ermöglichen es den Gemeinden, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, die für die Bevölkerung notwendig und an denen alle interessiert sind. Ich könnte jetzt von den Aufgaben des Schul- und Erziehungswesens sprechen, von der Notwendigkeit, für die Bevölkerung gute und leistungsfähige Spitäler und Heilanstalten

zu erhalten, Kindergärten, Sportstätten und Gartenanlagen zu errichten, moderne Verkehrs- und Straßenbauten durchzuführen und von vielen anderen mehr. An der Durchführung solcher Aufgaben sind die Gemeindebürger in ihrer Gesamtheit interessiert, vor allem aber Industrie, Gewerbe und Handel, denen die Aufträge der Stadtverwaltung eine willkommene wirtschaftliche Grundlage ermöglichen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen wäre eine Verminderung der Gewerbesteuer mit einer Schwächung der Investitionstätigkeit der Gemeinden und mit einer schlechteren Beschäftigung der gewerblichen Wirtschaft verbunden. Die gewerbliche Wirtschaft selbst würde die bösen Auswirkungen einer verminderten Gewerbesteuer empfindlich spüren.

Und nun will ich zu berechnen versuchen, wie sich der Vorschlag der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in Wien auswirken würde. Die Gewerbesteuer erbrachte im vergangenen Jahr den Betrag von 638 Millionen Schilling. Die Gemeinde müßte davon mindestens 20 Prozent, das sind 127,600.000 Schilling für die Pensionsversicherung der Selbständigen beisteuern. Soll nun dieser Betrag bei den Spitälern oder bei den Schulen, beim Straßenbau oder in der Jugend- oder in der Altersfürsorge eingespart werden? Es wäre schwer, auf diese Frage eine Antwort zu geben, denn alles was wir auf den genannten Gebieten tun, ist dringend notwendig und kann nicht verkürzt werden. Blicke praktisch nur mehr der Weg offen, das Wohnbaubudget zu kürzen. Das hätte zur Folge, daß im Durchschnitt gerechnet jährlich um 1.270 Wohnungen weniger gebaut würden und die gewerbliche Wirtschaft um den entsprechenden Betrag verminderte Aufträge hätte. Verstehen Sie nun, daß es wirklich nicht gleichgültig ist, wie die finanzielle Grundlage der neuen Pensionsversicherung gestaltet werden soll!

Der Vorschlag der Kammer der gewerblichen Wirtschaft würde nicht nur im Wiener Gemeindebudget ein sehr empfindliches Loch aufreißen, sondern die meisten österreichischen Gemeinden in eine wirklich schwierige Situation bringen. Sowohl der Österreichische Städtebund, der die Gemeinden mit mehr als 3.000

Einwohnern umfaßt und mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung vertritt, wie auch der Österreichische Gemeindebund, in dem die kleineren Gemeinden vereinigt sind, haben unabhängig voneinander den Vorschlag der Kammer der gewerblichen Wirtschaft abgelehnt. So wie bei anderen Anlässen muß ich auch hier betonen, daß diese Stellungnahme der österreichischen Gemeinden in keiner Weise von parteipolitischer Seite beeinflußt ist, denn in den beiden Gemeindeverbänden sind die zwei großen politischen Parteien an verantwortlicher und leitender Stelle vertreten. In beiden Gemeindeverbänden mußte man die Feststellung machen, daß eine weitere Schmälerung der Gemeindefinanzen von niemandem mehr verantwortet werden kann. Es wurde dabei in Erinnerung gebracht, daß die Gemeinden in den letzten zwei Jahren ohnedies zusätzliche neue Lasten übernehmen mußten, und zwar die Leistungen für das ASVG und für den Familienlastenausgleich. Für Wien betragen diese Mehrleistungen im vergangenen Jahre fast 42 Millionen Schilling. Es ist ja auch Ihnen verständlich, daß es nicht möglich ist, von den Gemeinden immer höhere Leistungen zu verlangen und gleichzeitig ihre Einkünfte zu verkürzen. Wer eine Gemeinde nach solchen Grundsätzen verwalten wollte, dem wünsche ich viel Glück dazu.

Leider erfolgt auch von anderer Seite ein Angriff auf die Gemeindefinanzen. Es wird immer wieder die Aufhebung der Getränkesteuer gefordert. Es wird behauptet, daß diese Steuer den Getränkekonsum behindere; ohne sie würden die Getränke billiger werden und ihr Konsum steigen. Ich möchte dazu nur feststellen, daß trotz der bestehenden Steuer der Getränkekonsum ständig steigt. Wir können das am besten an dem jährlich wachsenden Ertrag der Getränkesteuer feststellen. Im Jahre 1947 erbrachte sie 22 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling und im Jahre 1956 86 $\frac{1}{4}$ Millionen Schilling. Ich muß zu dieser Ziffer noch bemerken, daß es sich hier nicht um eine Besteuerung von Bier und Milch handelt. Und hiezu wieder eine Rechnung. Wenn man der Gemeinde Wien die Getränkesteuer im Betrage von 86 $\frac{1}{4}$ Millionen Schilling wegnehmen würde, so hätte das zur Folge, daß um rund 860 Wohnungen jährlich weniger gebaut werden könnten.

Die Österreichische "Gemeinderundschau", das offizielle Mitteilungsblatt des Österreichischen Gemeindebundes, hat in ihrer März-Nummer zu dem Antrag auf Streichung der Getränkesteuer Stellung genommen und hiezu folgendes erklärt: "In der Begründung des Antrages wird übrigens so getan, als ob die Getränkesteuer fast ausschließlich eine Verwaltungs- und finanzielle Belastung der Fremdenverkehrsbetriebe wäre. Wir sind der Meinung, daß noch immer die eigene Bevölkerung der Hauptkonsument ist, und daß noch kein einziger Fremder wegen der Getränkesteuer Österreich fern geblieben ist. Wir sind darüber hinaus auch der Meinung, daß wegen dieser Steuer nicht ein einziges Viertel Wein weniger getrunken wird, ganz abgesehen davon, daß der Wein oder auch andere Getränke dort, wo die Getränkesteuer abgeschafft wurde, nicht billiger geworden sind.

Ich bitte Sie, das Gesagte zu überlegen und zu verstehen, daß die Gemeinde ihr Geld beisammenhalten muß, wenn sie ihre Aufgaben und Arbeiten durchführen will. Man verlangt gerade immer von der Bundeshauptstadt Wien auch im Interesse der gewerblichen Wirtschaft besondere Leistungen. Die Gemeinde will sie gerne erfüllen, nur soll man nicht immer wieder versuchen, ihr Blut abzuzapfen. Ich betone noch einmal, daß die Gemeinde Wien es sehr begrüßt, wenn jetzt auch für die Selbständigen die Pensionsversicherung zustande kommt. Ich bin überzeugt, daß bei gutem Willen dieses Gesetz verwirklicht werden kann, ohne daß die Gemeinden zu einer neuerlichen Belastung gezwungen werden!"

Schadhafte Wasserleitungen in Ordnung bringen

Am Schluß der Sendung ging Bürgermeister Jonas auf die kritische Wassersituation ein. Er sagte:

"In der vergangenen Woche war unsere Wasserversorgung in einem kritischen Stadium. Die Hitzetage verursachten ein sprunghaftes Steigen des Wasserverbrauches und es bestand die Gefahr, nicht mehr alle Bedürfnisse befriedigen zu können. Die Wasserwerke richteten dringende Hilferufe an die Bevölkerung, die

leider nicht so befolgt wurden, wie es notwendig gewesen wäre. Glücklicherweise haben uns einige kühlere Tage wieder Erleichterung gebracht. Ich muß trotzdem alle Wienerinnen und Wiener dringend bitten, im eigensten Interesse mit dem Wasser zu sparen. Schadhafte Wasserleitungen sind sofort in Ordnung zu bringen. Bei der Wasserversorgung kann man nicht von der Hand in den Mund leben, man muß auch eine gewisse Vorratswirtschaft betreiben. Wenn also eine Knappheit eintritt, dann muß man schon vor dem Aufdrehen des Wasserhahnes ans Sparen denken. Niemand könnte es verantworten, wenn wegen offenkundiger Wasserverschwendung lebensnotwendige wirtschaftliche oder hygienische Aufgaben nicht erfüllt werden könnten. Ich bitte alle Wienerinnen und Wiener um Verständnis, um Disziplin und um gegenseitige Hilfe!"

- - -

Neuerlicher Hilferuf der Wiener Wasserwerke
=====

1. Juli (RK) Bürgermeister Jonas ersuchte gestern abend in seiner Radiorede die Wiener Bevölkerung eindringlich, beim Wasserverbrauch Disziplin zu halten und vor allem auch die rinnenden Wasserleitungen reparieren zu lassen. Seine Mahnung stand aber doch schon unter dem Eindruck einer gewissen Entspannung, die sich nach einigen kühleren Tagen in der vorigen Woche ergeben hat. Wie der "Rathaus-Korrespondenz" heute früh vom Leiter der Wiener Wasserwerke mitgeteilt wird, brachte das außergewöhnlich heiße Wochende einen gefährlichen Rückschlag. Nach einigen Tagen der Erleichterung, die auf die kühlere Witterung und zum Teil auch auf die bessere Einsicht der Bevölkerung zurückzuführen war, ist in den letzten beiden Tagen beim Wasserverbrauch anscheinend jede Hemmung weggefallen. Die Wasserwerke ersuchen die Wiener Bevölkerung sehr dringend beim Wasser wieder zu sparen, weil sonst für die ganze Stadt empfindliche Drosselungen vorgenommen werden müßten.

- - -

Wiener Sommerprogramm 1957

=====

Mittwoch, 3. JuliTheater:

Akademietheater: William Douglas Home: "Junger Herr für Jenny"
 Volksooper: Oscar Straus: "Ein Walzertraum"
 Theater in der Josefstadt: Matteo Lettunich: "Diebelei"
 Volkstheater: Barry Connors: "Roxy"
 Raimundtheater: Gastspiel des Teatro Brasiliana.

Musik:

20 Uhr Arkadenhof, Neues Rathaus. Orchesterkonzert. Wiener
 Symphoniker, Dirigent Michael Gielen.
 Wolfgang Amadeus Mozart - Ouverture zu "Idomeneo"
 Joseph Haydn - Symphonie Es-dur, Nr. 99
 Hans Erich Apostel - Variationen über "Bald gras' ich
 am Neckar"
 Ludwig van Beethoven - 8. Symphonie F-dur, op. 93
 16 bis 18 Uhr und 19.30 bis 22.30 Uhr:
Wiener Walzer- und Operettenmusik im Kursalon, Stadt-
 park.

Ausstellungen:

"Johann Bernhard Fischer von Erlach" (Anlässlich des 300. Geburts-
 tages). Neue Hofburg, 1, Burggartenfront, täglich
 9 bis 17 Uhr.
"Maler und Bildhauer arbeiten für Wien". Österreichisches
 Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3.
 Dienstag bis Freitag 10 bis 19 Uhr, Samstag 9 bis
 16 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr.
"Gedächtnisausstellung Daniel Gran zum 200. Todestag".
 Albertina, Graphische Sammlung, 1. Augustinerstraße 1.
 Montag, Dienstag, Donnerstag 10 bis 14 Uhr, Mittwoch,
 Freitag 10 bis 18 Uhr, Samstag, Sonntag 10 bis 13 Uhr
"Landschaft, Mensch und Tier". Künstlerhaus, 1, Karlsplatz 5.
 Täglich 10 bis 18 Uhr.
"Kollektivausstellung" (Rainer, Mikl, Hollegha, Prachensky).
 Wiener Secession, 1, Friedrichstraße 12. Montag bis
 Samstag 9 bis 17 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr.

- - -

Das war ein richtiger Badesonntag!
=====

1. Juli (RK) In den städtischen Sommerbädern wurden gestern insgesamt 63.000 Badegäste gezählt, nur um etwa 4.000 weniger als am ersten Rekordsonntag des 16. Juni. Im Gänsehäufelbad passierte schon am Vormittag der 30.000 Besucher die Kassen, sodaß die blaue Fahne gehißt werden mußte. Ausverkauft waren auch das Krapfenwaldlbad in Döbling und das Theresienbad in Meidling. Auch die übrigen zehn städtischen Sommerbäder hatten am gestrigen Sonntag fast ihre volle Kapazität erreicht. Der Badebetrieb verlief überall reibungslos und ohne nennenswerte Unfälle.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"
=====

1. Juli (RK) Mittwoch, den 3. Juli, Route 3 mit Besichtigung des Praterstern, der Venediger Au, der Siedlung Stadlau, des Reservegartens in Hirschstetten und der Schule in Kagran. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Landstraßer Heimatmuseum geschlossen
=====

1. Juli (RK) Das Landstraßer Heimatmuseum 3, Sechskrügelgasse 11, bleibt bis auf weiteres geschlossen.

- - -

80. Geburtstag von Erwin Stransky
=====

1. Juli (RK) Am 3. Juli vollendet der Psychiater Univ.Prof. i.R. Dr. Erwin Stransky, ein gebürtiger Wiener, das 80. Lebensjahr. Nach Absolvierung der medizinischen Studien bei Obersteiner, Frankl-Hochwarth und Wagner-Jauregg habilitierte er sich für Psychiatrie an der Universität Wien, an der er volle 43 Jahre wirkte. Im Alter von 68 Jahren übernahm er in der schwierigen Zeit nach dem zweiten Weltkrieg den Neuaufbau der Nerven-klinik am Rosenhügel und führte ihn erfolgreich durch. Prof. Stransky hat cirka 220 wissenschaftliche Arbeiten über alle psychiatrischen Probleme und deren Grenzgebiete veröffentlicht. Einige davon sind für die Nervenheilkunde grundlegend geworden. Er hat als erster Neurologe auf dem Kontinent die psychische Hygiene eingeführt und durch die von ihm gegründete und geleitete Gesellschaft zu Bedeutung gebracht. Seine Untersuchungen befas-sen sich vor allem mit dem manisch-depressiven Irresein, mit der Anatomie der entzündeten Nerven, mit der angewandten Psycho-pathologie und der psychischen Hygiene sowie mit der multiplen Sklerose. Prof. Stransky wirkte aber nicht nur als Forscher, Lehrer und Seelenarzt, sondern auch als Volksbildner höchst verdienstvoll. Ihm ist es zu danken, daß die Seelenheilkunde als therapeutischer und sozialer Begriff in breite Bevölkerungs-schichten gedrungen ist. Weiters war er lange Zeit in der foren-sischen Psychiatrie tätig und tritt noch immer als Gerichts-sachverständiger mit Gutachten hervor. Der große Gelehrte ist als einziger Europäer Ehrenmitglied der "American Psychiatric Association".

- - -

Führung in der Ausstellung "Maler und Bildhauer arbeiten für Wien"
=====

1. Juli (RK) In der Ausstellung "Maler und Bildhauer arbei-ten für Wien", 1, Weiskirchnerstraße 3, führt Mittwoch, den 3. Juli, um 17 Uhr, DDr. Gerhard Egger.

- - -

Neue Leiter der Magistratsabteilungen 1 und 63Junge Talente haben im Gemeindedienst Chancen

1. Juli (RK) Heute früh fanden die Amtseinführungen der neuen Leiter der Magistratsabteilung 1, Allgemeine Personalangelegenheiten, und der Magistratsabteilung 63, Gewerbewesen, statt. Obermagistratsrat Dr. Delabro, der mit 33 Jahren der jüngste leitende Beamte der Wiener Stadtverwaltung ist, löst Senatsrat Gröger in der Magistratsabteilung 1 ab. Obermagistratsrat Dr. Steiner tritt in der Magistratsabteilung 63 an die Stelle von Obersenatsrat Knauer.

An der Amtseinführung in der Abteilung für Personalangelegenheiten nahmen Vizebürgermeister Honay, Stadtrat Riemer, Magistratsdirektor Dr. Kinzl und der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer teil. Stadtrat Riemer würdigte die Verdienste von Senatsrat Gröger und dankte ihm im Namen der Stadt Wien für die vielen Jahre der hingebungsvollen Arbeit. Er gehörte zu jenen Beamten im Rathaus, die täglich am spätesten weggegangen sind. Zu dem neuen Leiter sagte der städtische Personalreferent, seine Bestellung sei ein Beweis für seine Tüchtigkeit, aber auch dafür, daß die Stadtverwaltung sich nicht scheut, jungen Talenten eine Chance zu geben.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl überreichte Obermagistratsrat Dr. Delabro das Ernennungsdekret des Bürgermeisters.

Vizebürgermeister Honay nahm in seiner Ansprache von einem persönlichen alten Freund Abschied. Er erinnere sich gerne, so betonte der Vizebürgermeister, an die Zeit der Zusammenarbeit, mit Senatsrat Gröger.

Im Namen der Gewerkschaft sprach Nationalrat Pölzer.

Kurze Zeit später fand im Beisein der Stadträte Afritsch und Riemer sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl die Amtseinführung von Obermagistratsrat Dr. Steiner als Leiter der Magistratsabteilung 63 statt. Stadtrat Riemer hob in der Würdigung der Tätigkeit von Obersenatsrat Knauer hervor, daß dieser nicht

nur seine Lebensarbeit in den Dienst der Wiener Bevölkerung gestellt hat, sondern auch wissenschaftlich und schriftstellerisch tätig war und als Parlamentsstenograf gearbeitet hat. Obersenatsrat Knauer scheidet nach einer mehr als 45jährigen Dienstzeit aus dem aktiven Dienst.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl überreichte wieder das Ernennungsdekret.

Im Namen der Gewerkschaft sprach Amtsrat Zorn.

Als zuständiger Amtsführender Stadtrat verabschiedete sich Stadtrat Afritsch von Obersenatsrat Knauer und beglückwünschte Dr. Steiner zu seinem neuen Amt.

- - -

Neue Einbahnstraßen

=====

1. Juli (RK) Folgende Straßen, bzw. Straßenteile des 1. Bezirkes werden ab Mittwoch, den 3. Juli, als Einbahnstraßen gekennzeichnet. Sie dürfen von diesem Zeitpunkt an nur in der angeführten Richtung befahren werden:

Zelinkagasse, in dem Teil und in der Richtung vom Franz Josefs-Kai zur Gonzagagasse.

Eblinggasse, in dem Teil und in der Richtung von der Gonzagagasse zum Franz Josefs-Kai.

Heßgasse, in dem Teil und in der Richtung von der Maria Theresien-Straße zum Schottenring.

Marco d'Aviano-Gasse, in der Richtung von der Kärntner Straße zum Neuen Markt.

Riemergasse, Verlängerung der bestehenden Einbahn von der Singerstraße zur Jakobergasse bis zur Wollzeile.

Jakobergasse, in der Richtung von der Stubenbastei zur Riemergasse.

An der Hülben, in der Richtung von der Liebenberggasse zur

./.

Jakobergasse (vormals von der Jakobergasse in der Richtung zur Liebenberggasse).

Gluckgasse, in der Richtung von der Tegetthoffstraße zur Spiegelgasse (vormals in der Richtung von der Spiegelgasse zur Tegetthoffstraße).

- - -

Betriebsfeier der Städtischen Bestattung

=====

1. Juli (RK) Anlässlich des 50jährigen Bestehens fand heute vormittag in der Zentrale der Städtischen Bestattung in der Goldeggasse eine Feier statt, an der Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Afritsch, Bauer, Koci, Lakowitsch, Dkfm. Nathschläger und Riemer, die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen, mehrere ausländische Delegierte und als Ehrengäste einige Mitarbeiter aus der Zeit der Gründung teilnahmen. Die Feierstunde wurde mit Musik von Mozart, ausgeführt vom Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien, unrahmt.

Generaldirektor Frankowski begrüßte die Festgäste. Dann sprach der Direktor der Bestattung, Dipl.-Ing. Pröbsting. Er wies besonders darauf hin, daß 50 Jahre nach Gründung der Städtischen Bestattung die Kommunalisierung nun endlich vollzogen werden konnte. Von den 80 Bestattungsunternehmungen, die es 1907 noch in Wien gab, waren 1934 nur mehr 21 vorhanden. Im Jahre 1951 konnte auf Antrag von Stadtrat Dkfm. Nathschläger Bürgermeister Jonas im Wiener Gemeinderat über den letzten Ankauf einer Privatbestattung abstimmen lassen. Von diesem Zeitpunkt an hat sich die Bestattung bemüht, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Belastung der Wiener Bevölkerung durch Begräbniskosten möglichst gering zu halten. Die Ansätze des Tarifes vom Jahre 1937 gelten heute noch.

Es ist nicht einfach für die Bediensteten, im Jahr 25.000 Begräbnisse durchzuführen und leiderfüllte Menschen zu betreuen. Trotzdem dürfen die Angestellten der Bestattung durch ihre

./.

Tätigkeit nicht gleichgültig werden. Sie sollen vielmehr helfen durch Einfühlung, Geduld und schonungsvolles Benehmen und den Hinterbliebenen so viel wie möglich an Sorgen abnehmen. Auch eine soziale Aufgabe erfüllt die Städtische Bestattung dann, wenn keine Mittel da sind, um die Begräbniskosten zu bezahlen, indem sie die Leichenfeier auf eigene Kosten durchführt. Um einen Ausgleich für den schweren Dienst zu schaffen, hat sich die Direktion bemüht, für die Bediensteten freundliche Arbeitsräume und gute menschliche Beziehungen herzustellen.

Anlässlich des 50jährigen Bestandes übergab Direktor Dipl.-Ing. Pröbsting der Personalvertretung 200.000 Schilling, die für Erholungszwecke der Bediensteten verwendet werden sollen. Für die ausländischen Gäste sprachen Direktor Henneberger, Berlin, und Stadtoberamtmann Scheid, Frankfurt am Main, der gleichzeitig die Grüße des Frankfurter Oberbürgermeisters Bockelmann übermittelte.

Im Namen der Gewerkschaft gratulierte dem Unternehmen und dankte den Bediensteten der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer.

Die Festrede hielt Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er führte aus: "Nicht aus einem traurigen Anlaß sind wir heute hier zusammengekommen, wie es ansonsten üblicherweise bei der Städtischen Bestattung der Fall ist, sondern aus einem festlichen Anlaß, nämlich zu ihrem 50. Geburtstag. Am 21. Juni waren es genau 50 Jahre, daß im Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Dr. Karl Lueger über Antrag des Vizebürgermeisters Dr. Porzer, der als Referent fungierte, beschlossen wurde, in das Unternehmen der "Entreprise", die schon im Mai des Jahres 1907 die "Concordia", ebenfalls ein größeres Leichenbestattungsunternehmen übernommen hatte, einzutreten.

Dieser historische Beschluß des Wiener Gemeinderates im Jahre 1907 bildete im wesentlichen den Abschluß der großen Kommunalisierungsaktion des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, die damit begann, daß im Jahre 1898 die Gasversorgung, im Jahre 1902 die Stromversorgung und im Jahre 1903 das öffentliche Verkehrswesen der privaten Hand entzogen und in den Besitz der öffentlichen Hand überführt wurde. Bei der Verstädtlichung ließ sich

die damalige Gemeindeverwaltung immer von den gleichen Prinzipien leiten, die dahingingen, daß dort, wo das Allgemeinwohl überwiegt, das private Interesse, das Gewinnstreben von einzelnen zurückzutreten habe, daß ferner die Versorgungsleistungen den einzelnen Bürgern möglichst wohlfeil zugeteilt werden und schließlich, daß die Auswüchse eines mit allen Mitteln geführten privaten Konkurrenzkampfes beseitigt werden, wobei das Kräftespiel zwischen Angebot und Nachfrage, ansonsten ein Regulativ der privaten Wirtschaft, im Interesse aller Bürger ausgeschaltet werden müsse. Es hat immerhin bis zum Jahre 1951 gedauert, bis die letzte private Bestattung in Wien auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses von der Städtischen Bestattung übernommen und dadurch das Wiener Bestattungswesen zur Gänze eine Angelegenheit der Stadtgemeinde geworden ist. Bis zu diesem Zeitpunkt stand die Städtische Bestattung zu den vorhandenen privaten Unternehmungen in einem Konkurrenzverhältnis und es war klar, daß der Konkurrenzkampf auf beiden Seiten mit ziemlichem Opfern verbunden war. Nichtsdestoweniger war es aber gelungen, den im Jahre 1937 vom Besonderen Stadtamt III genehmigten Bestattungskostentarif bis zum Jahre 1952 nominell aufrechtzuerhalten. Eine berechtigte Forderung der Wiener Bevölkerung war aber nach erfolgter hundertprozentiger Kommunalisierung des Bestattungswesens in Wien, daß die Vorteile einer solchen Situation, in erster Linie also des entfallenden Konkurrenzkampfes, auch den einzelnen Interessenten zugute kommen sollten.

Mit Schreiben vom 10. Jänner 1952 veranlaßte ich daher die Direktion der Städtischen Bestattung in der Erkenntnis, daß die Auswirkungen der hundertprozentigen Kommunalisierung in erster Linie nicht dem Unternehmen, sondern vielmehr der Wiener Bevölkerung zugutezukommen habe, binnen drei Monaten einen neuen Tarif auszuarbeiten, der diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt. Ein solcher ermäßigter Tarif kam in der Folge auch tatsächlich zustande und bewirkte, daß entsprechend den sozialen Bedürfnissen, die Ermäßigung in den im neuen Tarif bestehenden vier Klassen derart gestaffelt war, daß in der ersten Klasse eine Reduktion um vier Prozent, in der zweiten von fünf Prozent, in der dritten von zehn Prozent und in der vierten von 19 Prozent eintrat, wobei

hinzugefügt wird, daß die Masse der Bestattungen in den Klassen drei und vier vereinigt ist. Zufolge durchgeführter betriebstechnischer und betriebsorganisatorischer Maßnahmen seit dem Jahre 1951 war es auch möglich, im Jahre 1952 eine Senkung der Sargpreise um fast 12 Prozent und ferner eine Neuregelung bezüglich der Trauerwaren herbeizuführen, die eine Senkung um durchschnittlich fast 40 Prozent zur Folge hatte.

Wichtig scheint es mir auch festzustellen, daß die privaten Unternehmungen nach ihrem wirtschaftlichen Wert übernommen wurden, der auch für die Zukunft durch entsprechende Wertsicherung der gewährten Leibrenten von der Stadt Wien zu erhalten sein wird. Es waren also Übernahmen, die im Partner das Gefühl zurückließen, loyal und korrekt behandelt worden zu sein. Viele der ehemals im Bestattungsgewerbe tätigen Unternehmer sind heute in anderen Branchen der gewerblichen Wirtschaft mit viel Erfolg untergekommen. Andere haben sich mit ihren Leibrenten zur Ruhe gesetzt. Die Aufnahme der Tätigkeit in einem anderen Berufszweig wurde durch Gewährung von Barablösen neben den Leibrenten erleichtert. Grundsatz war, daß es den Partnern freigestellt sein sollte, in welcher Form der Wert des Unternehmens abgelöst wird, ob durch Barzahlung, Leibrente oder beides. Alle Angestellten und Arbeiter der privaten Betriebe wurden, soweit sie sich darum bewarben, in den Dienst der Städtischen Bestattung aufgenommen.

Jährlich werden nun von der Städtischen Bestattung rund 25.000 Bestattungen vorgenommen, das sind etwa 100 Bestattungen täglich auf 100 Friedhöfen. Ich brauche wohl nicht im einzelnen zu schildern, welcher Apparat für die Abwicklung eines solchen Arbeitspensums notwendig ist, weil wir selbst, die wir den Betrieb kennen oder andererseits auf den Friedhöfen immer wieder bei Begräbnissen dabei sind, sehr wohl ermessen können, was alles vorgekehrt werden muß, um ein Begräbnis würdig und den Wünschen der Angehörigen entsprechend durchzuführen.

Das Unternehmen beschäftigt sich aber nicht nur mit der Durchführung der Bestattung, sondern ist auch seit geraumer Zeit dazu übergegangen, die erforderlichen Säрге in einer eigenen Sargfabrik erzeugen zu lassen.

In den 50 Jahren seines Bestehens wurde das Unternehmen bisher

von fünf Direktoren geleitet, von denen jeder in seiner Art und entsprechend den Zeitläuften, in welchen er zu wirken hatte, die Geschicke des Unternehmens zu meistern hatte. So Dr. Leopold Rauscher in der Zeit von 1907 bis 1920, Dipl.-Ing. Eduard Lasch in der Zeit von 1920 bis 1934, Dipl.-Ing. Rudolf Raschendorfer von 1934 bis 1945, der jetzige Generaldirektor Frankowski von 1945 bis 1948 und seither ist in der Direktion mit Erfolg tätig der Direktor Dipl.-Ing. Karl Pröbsting.

Unsere besten Wünsche begleiten das Unternehmen auch im kommenden halben Jahrhundert in dem Wissen, daß sich eine wohl funktionierende städtische Institution auch um den letzten Gang eines jeden Wieners bemüht und dabei in jeder Beziehung den Intentionen ihrer Gründer gerecht wird."

Bürgermeister Jonas sagte in seiner Ansprache, Institutionen wie die Städtische Bestattung müssen da sein, wenn man sie braucht, es sonst aber verstehen, sich zurückzuziehen. Deshalb muß ein solches Jubiläum auch mit besonderer Zurückhaltung durchgeführt werden. Das bemerkenswerteste an dem 50jährigen Bestand der Bestattung ist, daß das Unternehmen imstande war, die Aufgabe, die ihm die Gründer zugewiesen haben, auch wirklich zu erfüllen. Der Bürgermeister hob besonders die Art hervor, in der die Kommunalisierung des Bestattungswesens vor sich ging. Ich hätte mir durchaus vorstellen können, sagte er, daß die Gemeinde Wien den Privatkonkurrenten ganz einfach niederkonkurriert hätte. Statt dessen wurde in sehr vernünftiger Weise verhandelt und auf diese Art die Kommunalisierung allmählich durchgeführt. Das besondere Verdienst dafür gebührt dem gegenwärtigen Direktor Dipl.-Ing. Pröbsting, der es sich zur Lebensaufgabe gestellt hat, die Kommunalisierungsbestrebungen abzuschließen.

Die Städtische Bestattung hat besonders in den Jahren nach dem Krieg ihre Bedeutung und Wichtigkeit bewiesen. Daß sie das in so zurückhaltender Form getan hat, gereicht ihr zur Ehre. Der Bürgermeister dankte dem Personal der Bestattung für ihre Arbeit und ersuchte sie, auch weiterhin bemüht zu sein, der Wiener Bevölkerung in jenen Stunden zu helfen, die die schwersten des Lebens sein können.

Im Anschluß an den Festakt enthüllte Bürgermeister Jonas in

der Zentrale der Städtischen Bestattung eine Gedenktafel, auf der an die Gründung der Bestattung und die vollzogene Kommunalisierung erinnert wird. Dann besichtigte der Bürgermeister unter der Führung von Direktor Dipl.-Ing. Pröbsting mit den Mitgliedern des Stadtsonates und den Ehrengästen die Zentrale der Städtischen Bestattung.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 1. Juli

=====

1. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 5 Ochsen, 2 Stiere, 30 Kühe, Summe 37. Neuzufuhren: Inland 148 Ochsen, 241 Stiere, 613 Kühe, 111 Kalbinnen, Summe 1.113; Ungarn 16 Stiere, 112 Kühe, Summe 128; Jugoslawien 46 Stiere. Gesamtauftrieb: 153 Ochsen, 305 Stiere, 755 Kühe, 111 Kalbinnen, Summe 1.324. Verkauft: 153 Ochsen, 281 Stiere, 751 Kühe, 111 Kalbinnen, Summe 1.296. Unverkauft: 24 Stiere, 4 Kühe, Summe 28.

Preise: 9.50 bis 11.80 S, Extremware 12 bis 12.20 S, Stiere 10.30 bis 12.20 S, Extremware 12.30 bis 12.50 S, Kühe 8.30 bis 10.50 S, Extremware 10.60 bis 10.80 S, Kalbinnen 10.20 bis 11.70 S, Extremware 11.80 bis 12 S, Kühe 7 bis 9.80 S, Ochsen, Kalbinnen 10 bis 11.30 S. Die Durchschnittspreise erhöhten sich bei Ochsen um 10 Groschen, Stieren um 21 Groschen, Kühen um 26 Groschen, Kalbinnen um 11 Groschen je Kilogramm. Sie betragen demnach: Ochsen 10.67, Stiere 11.26, Kühe 8.73 und Kalbinnen 10.85 S. Beinlvieh erhöhte sich um 50 Groschen je Kilogramm. Ungarische Stiere notierten 11.50 bis 12.20 S, Kühe 8.90 bis 10.10 S. Jugoslawische Stiere notierten 10.50 bis 12.20 S.

- - -